

Geht richtig gut

In großem Ausmaß hat der BND befreundete Staaten ausspioniert.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat Freunde aus aller Welt systematisch ausgespäht, unter anderem die Innenministerien der USA, Polens, Österreichs, Dänemarks und Kroatiens. Auch Anschläge der US-Vertretungen bei der Europäischen Union in Brüssel und den Vereinten Nationen in New York sowie des amerikanischen Finanzministeriums in Washington gehörten zu den Suchbegriffen, die der BND zur Spionage nutzte. Sogar die Hotline des US-Außenministeriums für Reisewarnungen stand auf der Liste.

Das Interesse des deutschen Dienstes beschränkte sich nicht auf staatliche Einrichtungen: Er spähte auch Nichtregierungsorganisationen wie Care International, Oxfam oder das Internationale Komi-



tanniens, Schwedens, Portugals, Griechenlands, Spaniens, Italiens, Österreichs, der Schweiz und selbst des Vatikans überwacht. Diplomatische Einrichtungen fallen nicht unter Artikel 10 des Grundgesetzes, der deutsche Telekommunikationsteilnehmer vor dem Abhören schützt. Vor drei Wochen war bekannt geworden, dass der BND nicht nur im Auftrag des US-Geheimdienstes NSA europäische Partner ausspioniert, sondern diese auch in eigener Regie abgehört hat.

tee des Roten Kreuzes in Genf aus. In Deutschland standen zahlreiche ausländische Botschaften und Konsulate auf der BND-eigenen Selektorenliste: So wurden E-Mail-Adressen, Telefon- und Faxnummern von Vertretungen der USA, Frankreichs, Großbri-

Im Oktober 2013 hatte Kanzlerin Angela Merkel einen Spähangriff der NSA auf eines ihrer Handys mit den Worten verurteilt: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“ Für den BND galt diese Losung offenkundig nicht. jös, mkn

Integration Richter unterrichten

Bayern startet im Januar ein neues Integrationsprojekt für Asylbewerber mit Bleibeperspektive. Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger werden in den Flüchtlingsheimen Rechtskunde lehren. Migranten sollten „insbesondere die Werte der Demokratie, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Toleranz, der Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Grundprinzipien unserer Rechtsordnung“ lernen, schreibt der bayerische Justizminister Winfried Bausback in einem internen Rundbrief. Dolmetscher können vor Ort den Unterricht übersetzen. Mit einer überarbeiteten Broschüre über die deutsche Rechtsordnung in den Sprachen Englisch, Arabisch, Paschtu, Urdu und Dari möchte Bausback auch „das Phänomen Paralleljustiz“ bekämpfen. Zudem soll es eine App für Smartphones und einen Erklärfilm mit dem Arbeitstitel „Willkommen in Deutschland – Was Sie über das deutsche Recht wissen müssen“ geben. cmm

Flüchtlinge Mehr Schutz

Die Grünen suchen nach Wegen, Flüchtlinge besser vor Gewalt und sexuellem Missbrauch zu schützen. Kommen- de Woche wollen sie einen Antrag im Bundestag vorlegen. „Es gibt Berichte über Übergriffe, Gewalt und sexuelle Ausbeutung aus deutschen Flüchtlingseinrichtungen“, heißt es darin. Alle Unterkünfte sollen deshalb in Absprache mit den Ländern gesetzlich verpflichtet werden, Gewaltschutzkonzepte zu etablieren. Außerdem wollen die Grünen, dass Gemeinschaftsunterkünfte wie alle Einrichtungen, die Kinder betreuen, eine Betriebserlaubnis benötigen. Darüber hinaus fordern sie, sämtliche Flüchtlingssozialarbeiter, auch die ehrenamtlichen, zum Thema sexuelle Gewalt fortzubilden. akm

Kittihawk

